Zusammenfassung

1. Das Verdienst, die Elektrizität an der Saar eingeführt zu haben, gebührt der Privatwirtschaft und der preußischen Bergwerksdirektion. Da letztere die Anwendung elektrischer Energie fast 30 Jahre lang auf den Eigenbedarf beschränkte, fügt sich die saarländische in die allgemeine Entwicklung in Deutschland ein: Private Unternehmer ergriffen als erste die Initiative zur Anwendung der neuen Technologie und nahmen dabei auch das Risiko von Rückschlägen und Fehlinvestitionen in Kauf. Die Stufen der Elektrifizierung, angefangen von elektrischer Beleuchtung über das Nachrichten- und Signalwesen zu Elektromotor und Elektrowärmeanwendung, wurden von der Industrie an der Saar etwa parallel zur Entwicklung in anderen vergleichbaren Regionen Deutschlands beschrritten. Die aufgezeigte Abfolge muß auch als eine Konsequenz des Angebotes auf dem sich stetig vergrößernnden Markt für Elektrogeräte und -maschinen gesehen werden. Technische Neuerungen der noch jungen Elektroindustrie wurden nach und nach entwickelt und waren entsprechend für die Anwendung verfügbar. Auf die neuen Techniken des Beleuchtungssektor oder des Antriebes von Arbeitsmaschinen reagierte auch die Konkurrenz der Hersteller von Gaslicht bzw. Gasmotoren und Dampfmaschinen mit Innovationen. Trotzdem war der Siegeszug des Einsatzes elektrischer Energie nicht mehr aufzuhalten. Besonders nach der Jahrhundertwende konnte sich kein Unternehmen bei Umbauten, Erweiterungen oder Neuanlegung seiner Produktionsstätten mehr der Einführung elektrischer Energie entziehen. Auch Betriebe des tertiären Sektors, wie beispielsweise Lagerhäuser oder Handelsunternehmen, profitierten entscheidend von den Verbesserungen, die der Elektromotor für das innerbetriebliche Transportsystem, in erster Linie Kräne, Aufzüge und Transportbänder aller Art, brachte. Bevorzugt waren die Industrieunternehmen, die Eigenerzeugung auf kostengünstiger Rohstoffbasis betreiben konnten. Hierzu zählten vor allem die großen Saalhütten, die Gicht- und Kokereigase etwa ab 1900 zur preiswerten Herstellung von elektrischer Energie nutzten. In diesen Betrieben steigerte sich der Strombedarf so rasant, daß alle Hütten noch vor dem Ersten Weltkrieg ihre elektrische Kraft-erzeugung konzentrierten und große zentrale Kraftwerke errichteten. Auch in anderen Branchen, die in ihrer Produktion anfallende Prozeßwärme oder Abfallstoffe nutzen konnten, lohnte sich die Eigenerzeugung von Strom. Dennoch kann weder für die Zeit bis 1913/14, geschweige denn bis zur Jahrhundertwende von einer umfassenden Elektrifizierung ausgegangen werden, wie sie bislang immer wieder von der einschlägigen Forschung vertreten wurde. Der Einsatz elektrischer Energie vollzog sich zwar — etwa im Vergleich zur Entwicklung der Dampfkraftverwendung — in relativ kurzer Zeit; unter dem zeitgenössisch bestimmten Eindruck der großen Vorteile und Umwälzungen, die diese neue Technik nach sich zog, wurde jedoch offensichtlich das Tempo der Elektrifizierung überschätzt. Für die vielfach propagierte Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft mit elektrischer Energie fehlte — nicht nur im Saarrevier — als entscheidende Voraussetzung noch eine flächendeckende öffentliche Versorgung.

2. Die einseitig montanwirtschaftlich geprägte Industriestruktur der Saarregion ver-hinderte lange Zeit das Aufkommen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung. Durch

die günstige Primärenergiebasis der einheimischen Steinkohle entstand größeren Industrieunternehmen hieraus dank Eigenstromerzeugung kein Nachteil. Leidtragende der Entwicklung waren Kleingewerbetreibende und Handwerker, die lange Zeit auf die Annehmlichkeiten des ihrer Betriebsgröße und -struktur adäquaten Antriebsmittels, des Elektromotors, verzichten mußten. Auch die fortgeschrittene Gasversorgung im engeren Saarrevier bedeutete eine große Konkurrenz für das Aufkommen der Elektrizität. In zahlreichen Gemeinden standen der Einführung elektrischer Beleuchtung langfristige Verträge mit bestehenden Gaswerken entgegen, andere Kommunen wiederum befürchteten Einnahmeverluste für den Gemeindehaushalt durch die neue Konkurrenz. Bis auf wenige größere Städte wie Alt-Saarbrücken, St. Johann oder Homburg verdankte die Mehrzahl der saarländischen Gemeinden die Einführung des elektrischen Lichtes der privaten Initiative. Industrie- und Gewerbeunternehmen, wie beispielsweise Mühlen, waren bei der anfangs durchaus geringen Nachfrage nach Strom oft in der Lage, im Nebenbetrieb die Öffentlichkeit zu versorgen. Häufig gründeten auch private Unternehmer kleine Elektrizitätswerke. Die Kommunalvertreter verhielten sich zunächst abwartend, ehe sie, überzeugt von den Einnahmen, die aus der Elektrizitätsversorgung flossen, selbst an die Errichtung von Elektrizitätswerken oder die Übernahme entsprechender vorhandener Einrichtungen gingen.

3. Der Einstieg der Königlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken in die öffentliche Elektrizitätsversorgung bedeutete Initiative und Hindernis zugleich. Einerseits weckten die Ankündigungen der Abgabe von billigem Strom hohe Erwartungen und riefen ein „Elektrizitätsfieber“ hervor; auf der anderen Seite konnte die Bergwerksdirektion ihre Versprechungen in erster Linie aufgrund der bürokratischen Schwerfälligkeit ihres Betriebes nicht einhalten. Die Monopolstellung der Erzeugung elektrischen Stromes und der bewußte Verzicht auf die Weiterverteilung, verbunden mit einem aus staatlichem Machtgefühl herrührenden Anspruch auf die Versorgung weiter Teile der südlichen Rheinprovinz, waren ungünstige Voraussetzungen für ein Privatunternehmen, sich zusammen mit der Bergwerksdirektion in der Elektrizitätsversorgung zu engagieren. Erst die Verbindung von privatem und kommunalem Kapital konnte den späten Ausweg aus der verfahrenen Situation weisen und führte zur Gründung der SVG. Deren ursprünglich vorgesehenes Betätigungsfeld war in der Phase des Ausbaus der Überlandversorgung allerdings inzwischen von allen Seiten durch Konkurrenzunternehmen eingeschränkt worden, so daß eine erste Ausdehnung des Versorgungsgebietes nur nach Lothringen erfolgen konnte.

4. Nach einer vorübergehenden Stagnation der Anschlußstätigkeit bewirkte die Petroleumnot während des Ersten Weltkrieges verstärkte Bemühungen um den Ausbau der öffentlichen Elektrizitätsversorgung. Wenn diese nicht sogleich im erhofften Umfang erfolgreich war, so war hierfür der Mangel an Arbeitskräften und Materialien aller Art verantwortlich. Die seitens des Staates ausdrücklich befürwortete und angestrebte Verwendung der elektrischen Energie erleichterte die teilweise umständlichen Konzessionsverfahren (Wegerecht) und stellte damit die Weichen für die Ausbreitung nach dem Krieg. Bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges zeigten die Entwicklungsstufen der Anwendung und Ausbreitung der elektrischen Energie in der Saarregion keine auffallenden Abweichungen zu den entsprechenden Phasen im übrigen Deutschen Reich, ab-

gesehen von den gescheiterten Bemühungen des preußischen Bergfiskus um die öffentliche Elektrizitätsversorgung.

5. Mit dem Beginn der Völkerbundszeit begann eine saarländische Sonderentwicklung, deren Folgen auch für die Energiewirtschaft noch Jahrzehnte später spürbar blieben. Verschont wurde das Saargebiet zunächst sowohl von der Diskussion um eine Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, wie sie die Nachkriegsjahre in Deutschland bestimmte, als auch vom großen Kohlenmangel jener Zeit. Der Wegfall des süddeutschen Marktes bedeutete zwar langfristig Absatzverluste, kam aber im genannten Zeitraum der Versorgung der einheimischen Bevölkerung und Industrie zugute. Die Folgen des verlorenen Krieges lagen für die SVG in einer Mehrheitsbeteiligung französischer Aktionäre sowie im Verlust des lothringischen Versorgungsgebietes. Die Übernahme der Saargruben durch die Mines Domaniales Françaises als Konsequenz des Versailler Vertrages bedeutete eine erhebliche Verschärfung der Abhängigkeit der öffentlichen Elektrizitätsversorgung. Diese Abhängigkeit von der immer im Staatsbesitz befindlichen Bergverwaltung des Saarreviers kennzeichnete die Entwicklung bis zu Beginn der 60er Jahre.

Seit Mitte der 20er Jahre wurde das Saargebiet im sogenannten Elektrokampf Austragungsort der grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen gemischtwirtschaftlichem RWE und staatlicher Preußischer Elektrizitäts-AG. Die Auswirkungen auf die saarländische Elektrizitätsversorgung waren zwiespältig. Einerseits festigte sich die elektrizitätswirtschaftliche Abtrennung der westlichen und nördlichen Landesteile, auf der anderen Seite symbolisierte die Umbenennung des Unternehmens Saarland-Lothringen Elektrizitäts-AG in Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG und deren Vergrößerung die erfolgreichen Bemühungen um einen Zusammenschluß der zersplitterten Elektrizitätsversorgung. Ohne Beteiligung der Preußenelektra hätte die VSE allerdings kaum dem RWE standhalten können. Weitere Bemühungen um eine Vergrößerung des Versorgungsgebietes nach Osten hin scheiterten an der eigenwilligen Persönlichkeit des Aufsichtsratsvorsitzenden der VSE und Saarbrücker Oberbürgermeisters Neikes, am Einfluß des RWE bei den Pfalzwerken und am Mißtrauen der bayerischen Staatsregierung vor unitaristischen Bestrebungen Preußens. Das verspätete Eingreifen der Regierungskommission des Saargebietes in den Elektrokampf kennzeichnet die schwache Rolle, die diese Einrichtung während des Zeitraumes 1920-1935 auf fast allen Gebieten spielte.

Die politische Abtrennung des Saargebietes von Deutschland zeitigte weitere Folgen: Als im Deutschen Reich aus der Stufe der Landesversorgungsunternehmen das Verbundnetz aufgebaut wurde, lag das Saargebiet politisch abseits und wurde deshalb nicht mit einbezogen, obwohl die Kohlengruben damals durchaus eine ausreichende Voraussetzung für den Aufbau eines Energieexportzentrums boten. Schuld an dieser Entwicklung trug auch die französische Grubenverwaltung, die es angesichts ihrer vorübergehenden Herrschaft versäumte, entsprechende Kraftwerkskapazitäten zu errichten.

Auf dem Gebiet der Anwendung elektrischer Energie waren die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg gekennzeichnet durch den Einsatz des elektrischen Stromes auf breiter Front. Hiervon profitierten zahlreiche Unternehmen, die sich aus zollpolitischen Gründen im Saargebiet niederließen und in modernen Produktionsbetrieben beginnen konnten. Den Bedürfnissen des Kleingewerbes kamen mehrere Tarifsenkungen des

Kraftstromes entgegen. Die Eisen- und Stahlindustrie des Saargebietes war dagegen durch die politische und wirtschaftliche Abtrennung vor dem Konkurrenzdruck der entsprechenden deutschen Konzerne geschützt, weshalb sie ihre Produktionsanlagen erst relativ spät modernisierte und rationalisierte. Hierin — und in der unzureichenden Strompreisgestaltung der MDF — lag ein wichtiger Grund für die Beibehaltung des hohen Anteils an Eigenstromerzeugung.

6. Mit der Rückgliederung des Saargebietes in das Deutsche Reich im Jahre 1935 erfuhren die seit Anfang der 30er Jahre laufenden Bemühungen um eine Erhöhung des Stromabsatzes in Haushalt und Landwirtschaft eine Verstärkung durch reichseinheitliche Werbekampagnen. Elektrische Energie spielte in der Autarkiewirtschaft des Dritten Reiches eine herausragende Rolle. Diesen Zwecken wurde auch das erstmals in Saarbrücken der Öffentlichkeit angekündigte Energiewirtschaftsgesetz untergeordnet: Da das Gesetz den kriegswirtschaftlichen Zielsetzungen des Dritten Reiches nicht genügte, wurde die Energiewirtschaft im Laufe der Kriegsjahre verschärft unter staatlichen Einfluß gestellt.

7. Die saarländische Wirtschaft, ganz auf Kriegsproduktion umgestellt, wurde durch die zweimalige Räumung und Evakuierung stärker betroffen als durch die sich verschärfenden Luftangriffe der Alliierten. Unterirdische Produktionsstätten und der Aufbau eines regionalen Verbundnetzes zwischen öffentlichem Versorgungsunternehmen (VSE) und den Kraftwerken der Eisenhütten zeigten bis zum Kriegsende eine erstaunlich hohe Effektivität. Der nach 1935 über die Saarkohle verfügbaren Saargruben AG gelang es nicht, ihre Kraftwerksleistungen so zu erhöhen, daß das Saarland zu einem regionalen Energiezentrum hätte aufgebaut werden können. Folglich liefen auch die ursprünglich zum Abtransport elektrischer Leistung geplanten Verbundleitungen erneut am Saarland vorbei.

8. Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte im Saarland das französische Versorgungsinteresse. Frankreichs Rückstand in der Erzeugung von Strom aus thermischen Kraftwerken konnte durch hohe Ausfuhrleistungen der saarländischen Kraftwerke teilweise kompensiert werden. Dies ging mit Hilfe von bürokratischen Kontingentierungsmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung und zu Lasten der vorhandenen saarländischen Kraftwerke, die bereits durch forcierte Kriegsarbeit übermäßig beansprucht waren. Erneut versuchten sowohl die französische Grubenverwaltung Régie des Mines wie auch deren Nachfolger Saarbergwerke AG, ihre Monopolstellung in der Erzeugung elektrischer Energie an der Saar aufrechtzuerhalten und konnten, unterstützt durch Probleme bei der Kapitalbeschaffung, den Bau eines Kraftwerkes der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft durch die VSE mit Erfolg verhindern. Dieses Kraftwerk war für die VSE notwendig, um die Abhängigkeit von der Grubenverwaltung zu verringern und für das Saarland wichtig, um den Trend zu einem negativen Stromexportsaldo Mitte der 50er Jahre umzukehren.

Die VSE geriet wie die übrigen saarländischen Versorgungsunternehmen in diesem Zeitraum zusätzlich aufgrund der staatlich vorgeschriebenen Strompreise und Tarife in eine finanzielle Verlustzone, da die Strombezugskosten aus den veralteten Steinkoh-

lekraftwerken zu hoch und die Erlöse zu niedrig waren, um erforderliche Wiederaufbauarbeiten nach dem Krieg und notwendige Neuinvestitionen durchzuführen. Darüber hinaus wurde das Saarland in der Zuweisung von ERP-Mitteln beispielsweise gegenüber dem benachbarten Lothringen eindeutig benachteiligt. Die wirtschaftliche Anbindung des Landes an Frankreich verhinderte in der Industrie — aus Konkurrenzgründen zwingend notwendige — Neuinvestitionen in die Produktionsanlagen und im privaten Bereich — abgesehen von Elektroherden — die Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten. Ein entsprechender Nachholbedarf bahnte sich für die 60er Jahre an.

9. Im Jahr 1962 erfolgte die jahrzehntelang angestrebte Zusammenfassung der saarländischen Elektrizitätswirtschaft. Die VSE übernahm das saarländische Versorgungsgebiet des RWE gegen eine Minderheitsbeteiligung des Essener Unternehmens. Die Zusammenarbeit dieser beiden Versorgungsunternehmen sicherte dem Saarland in der Folgezeit auf der Basis von kostengünstig arbeitenden Braunkohle- und Kernkraftwerken des RWE die niedrigsten Strompreise im Bundesgebiet. Die günstigen Strompreise veranlaßten die Eisen- und Stahlindustrie, ihre Eigenerzeugung nach und nach aufzugeben und den Anschluß an die öffentliche Elektrizitätsversorgung aufzunehmen. Die niedrigen Strompreise konnten allerdings nicht die strukturell vorhandenen Schwächen der saarländischen Schwerindustrie ausgleichen; sie bedeuteten aber eine wichtige Voraussetzung für die notwendige Neuansiedlung von Industriebetrieben des verarbeitenden Gewerbes im Saarland, die die verlorengegangenen Arbeitsplätze der Montanindustrie kompensieren mußten. Diese Entwicklung führte in den 60er und frühen 70er Jahren zu Stromverbrauchszuwachsraten bei der VSE, die erheblich über dem Bundesdurchschnitt und über der in der Elektrizitätswirtschaft üblichen 7,2%igen Steigerung pro Jahr lagen. Hierzu trug auch eine Flurbereinigung in der saarländischen Elektrizitätsversorgung bei; bis auf sechs größere Kommunalwerke verzichteten im Versorgungsgebiet der VSE alle Gemeinden auf die Weiterverteilung elektrischer Energie und zogen die direkte Stromversorgung durch die VSE vor.

Der Kohlebergbau an der Saar geriet Ende der 50er Jahre in eine Strukturkrise, gefolgt von Zechenstillegungen und Arbeitsplatzverlusten. Als Ausgleich für den ungenügenden Kohleabsatz im Hausbrand sowie in der Industrie- und Eisenbahnversorgung diversifizierte der staatliche Saarberg-Konzern seine unternehmerischen Aktivitäten und setzte verstärkt auf die Verstromung der Kohle. Der Ausbau von Steinkohlekraftwerkskapazitäten zur Abdeckung der Mittellast kam, unterstützt durch verschiedene gesetzliche Hilfen des Bundes und die Abnahmeverpflichtungen der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft, vor allem in den 70er und 80er Jahren zügig voran. Die gesamte, über den Eigenbedarf hinausgehende Leistung der Saarberg-Kraftwerke wird in das überregionale Verbundnetz des RWE eingespeist. Eigene Wege im Bereich der Energieversorgung beschritten die Stadtwerke Saarbrücken, indem sie frühzeitig den Bau von Heizkraftwerken zur Deckung des Wärme- und Strombedarfs favorisierten. Das Konzept der „Fernwärmeschiene Saar“ griff diese Initiative in größerem Rahmen auf und bezog auch die Abwärme aus vorhandenen Kraftwerken sowie der eisenschaffenden Industrie mit ein.

10. Die Energiekrisen von 1973/74 und 1979/80 veränderten die Rahmenbedingungen der bisherigen Energieversorgung grundlegend. Als Ersatz für die Primärenergie

Rohöl wurde an der Saar für die Mittellastversorgung die Verstromung von Steinkohle intensiviert. Verschärfte Umweltschutzmaßnahmen bei Kohlekraftwerken und strenge Sicherheitsauflagen bei Kernkraftwerken zogen eine erhebliche Verteuerung des Sekundärenergieträgers Strom nach sich. Besonders im Wärmebereich machte sich die preisgünstigste Erdgasversorgung zu Lasten der elektrischen Energie bemerkbar. Höheres Energiesparbewußtsein in der Bevölkerung trug ebenfalls zu geringeren Steigerungsraten des Stromabsatzes bei.

Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene kann die Entwicklung folgendermaßen gekennzeichnet werden: Während früher der Stromeinsatz schneller wuchs als die Produktion — also andere Produktionsfaktoren ersetzte —, gibt es zunehmend Anzeichen dafür, daß der Strom selbst unter Substitutionsdruck kommt. Der Stromeinsatz wird zusehends flexibler gehandhabt. Die VSE zog aus diesen Beobachtungen erste Konsequenzen und beabsichtigt, auch den Bereich der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung in ihre Tätigkeit mit aufzunehmen, um die bislang auf den kommunalen Bereich beschränkten Dienstleistungen einer umfassenden Wasser- und Energieversorgung auf regionaler Ebene anzubieten.